

FDJ-Treffen macht Schwierigkeiten

Unerwartet wenig Teilnehmer-Meldungen — SED-Absichten bekanntgeworden

Berlin (Eigenbericht). Die Beteiligung der sowjetzonalen Jugendlichen am FDJ-Deutschlandtreffen wird — nach den bisherigen Berichten aus den einzelnen Bezirken — geringer sein, als der FDJ-Zentralrat erwartet hatte. Vermutlich werden nur etwa 60 Prozent der vorgesehenen Teilnehmer das Pfingstfest in Ostberlin erleben. Auf einer internen Pressekonferenz für SED- und FDJ-Redakteure schob der Zentralrat bereits vorbeugend „Quartiermangel“ als Ursache für eine Reduzierung der Veranstaltung vor. Tatsächlich hatte der Zentralrat nach dem Mißerfolg der privaten Quartierwerbung bereits vor Wochen in den Randgebieten Ostberlins Massenquartiere freimachen lassen, in denen noch mehr als die ursprünglich vorgesehenen Teilnehmer untergebracht werden könnten.

Die wahre Ursache für die geringe Beteiligung ist, daß die mit dem „Deutschlandtreffen“ verbundenen Absichten der SED bekannt geworden sind: Werbung für die Kasernierte Volkspolizei, Ausnutzung der Teilnehmerkartellen für eine anschließende KVP-Werbeaktion in der Zone, Gewinnung von Jungarbeitern, die in der Industrie nicht unterzubringen sind, für die SED-Aktion „Arbeiter aufs Land“.

Viele Jugendliche haben ihre Zusage zur Berlin-Fahrt in letzter Minute zurückgezogen. In den Bezirken ist es den Kreisleitungen nicht mehr möglich, die seit Wochen ausliegenden Teilnehmerlisten ausgefüllt nach Berlin zu senden. In Leipzig und Dresden wurden Flugzettel geworfen: „Wer zu Pfingsten in Berlin, darf im Herbst Kaserne beziehen!“ In Schwerin wurde nachts an der FDJ-Kreisleitung ein Transparent angebracht: „Pfingsten in der Stalin-allee — und hinterher zur KVP!“

Falsche Mitgliederzahlen

Angesichts dieser Situation fühlte sich der Zentralrat vergangene Woche bemüht, die Werbung von 254 767 neuen Mitgliedern anlässlich des „Deutschlandtreffens“ bekanntzugeben. Tatsächlich sind nur etwa 20 000

Jugendliche „geworben“ worden, und zwar auf folgende Art:

Zu Beginn der Werbeaktion für das FDJ-Treffen wurden hauptsächlich nichtorganisierte Kinder und Jugendliche angesprochen. Man versprach ihnen freie Fahrt, 14tägigen Berlin-Aufenthalt und Vormerkung für Ostsee-Ferienlager. Die etwa 20 000 Kinder und Jugendlichen, die sich daraufhin zur Teilnahme am FDJ-Treffen bereit erklärten, wurden von den FDJ-Kreisleitungen als „neugeworbene Mitglieder“ listenmäßig weitergereicht.

Tatsächlich sind seit dem vergangenen Sommer wesentlich mehr Ausschlüsse und Austritte

als Neuaufnahmen bei der FDJ erfolgt. Der Zentralrat, der eine „moralische Spritze“ für erforderlich ansah, gab trotzdem völlig unmotiviert die „Werbung“ einer Viertelmillion neuer Mitglieder bekannt!

Erklärung zur Partei Jugend

Gegenwärtig wird erwogen, bereits auf dem Deutschlandtreffen die Verpflichtung bekanntzugeben, nach der alle FDJ-Mitglieder nach Vollendung des 18. bzw. des 16. (für Kinder aus Arbeiterfamilien) Lebensjahres automatisch in die SED „delegiert“ werden.

Der vergangene Woche veröffentlichte „Gesetzentwurf über die Grundrechte der jungen Generation“ wird mit dem Pfingsttreffen Gesetzeskraft erlangen.

In diesem Gesetzentwurf sind unter den Punkten 1, 2 und 9 alle Voraussetzungen geschaffen worden, um die Jugend am Arbeitsplatz, im Staatswesen (also auch in der KVP!) und in der Wehertüchtigung ohne Rücksicht auf die bisherigen Jugendschutzgesetze nach den Erfordernissen des „sozialistischen Aufbaus“ zwangsweise einsetzen zu können.

Das Ziel: Volksbewegung

Ausschuß für Wiedervereinigungs-Fragen

Bonn (DPA). Ein „Ausschuß für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ ist in das Vereinsregister des Amtsgerichtsbezirkes Bonn eingetragen worden. Erster Vorsitzender ist der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser.

Als Gründer sind ferner der SPD-Vorsitzende Ollenhauer, der FDP-Vorsitzende Dehler und der DGB-Vorsitzende Freitag, eingetragen. Der Ausschuß

soll der Kern einer gesamtdeutschen Volksbewegung sein, deren Gründung Minister Kaiser angekündigt hatte, nachdem die Berliner Viererkonferenz gescheitert war.

Durch gemeinsame überparteiliche Kundgebungen und andere Aktionen will der Ausschuß den Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit lebendig erhalten und stärken.

Katze aus dem Sack?

Es hat nicht geringes Aufsehen erregt, als Bundeskanzler Dr. Adenauer kürzlich in Hamburg erklärte, er halte es für möglich, daß man zu gegebener Zeit die Möglichkeit prüfen werde, ob zwischen Bonn und Moskau diplomatische Beziehungen aufgenommen werden könnten. Auf weitere Bemerkungen zu der aufgeworfenen Frage verzichtete er mit dem Hinweis, daß man keinen „Ausflug in die hohe Politik“ unternehmen sollte.

Mit dieser mehr grundsätzlichen Äußerung hatte der Bundeskanzler, der seine Worte wohl zu wägen weiß, das Signal dafür gegeben, daß nun andere den von ihm abgewehrten „Ausflug in die hohe Politik“ unternehmen. Da war zunächst der freidemokratische Abgeordnete Dr. Pfeleiderer, der einen deutschen parlamentarischen Besuch in Moskau anregte, der allerdings einen mehr kulturellen als politischen Charakter haben sollte. Soeben hat dann auch der Bundesvorsitzende der FDP, Dr. Dehler, ein deutsches Gespräch mit Moskau empfohlen, und er gab dieser Empfehlung sogar eine politische hochaktuelle Begründung. Er wies nämlich auf die Stockung der europäischen Integrationspolitik hin und betonte das deutsche Interesse, an einer Lockerung der ost-westlichen Erstarrung mitzuarbeiten. Dies alles solle jedoch geschehen ohne Wiederbelebung einer „Rapallo-Haltung“, und zwar über „die Leute von Pankow“ hinweg und unter voller Aufrechterhaltung der deutschen Bindung an den Westen.

Das ist eine Diskussion, die selbstverständlich im Ausland sehr starke Beachtung findet. Die „Basler Nationalzeitung“ sagt bereits, man habe in der Bundesrepublik „die Moskauer Katze aus dem Bonner Sack gelassen“. Das Blatt meint zwar, es sei noch etwas zu früh, um zu dem hier aufgeworfenen Problem Stellung zu nehmen; aber es gibt seine Zurückhaltung dann doch mit der Feststellung auf, daß diese Entwicklung einer-

seits eine Folge des bisherigen Scheiterns der deutschen Wiedervereinigung und andererseits eine Bestätigung des gegen die Außenpolitik Adenauers gebrachten Arguments sei, daß man nicht sicher sein könne, ob die Bundesrepublik nicht einmal auf eigene Faust versuchen wolle, Moskau die Zone abzuhandeln; in diesem Falle könne Moskau die Neutralisierung der dann vielleicht bestehenden zwölf oder mehr deutschen Divisionen verlangen, — ein bißchen schweizerisches Wasser auf die französische Mühle.

Unnötige Sorgen

Diese Sorge ist nun allerdings nicht zutreffend. Erstens hat die Bundesregierung sich inzwischen mit großer Entschiedenheit von den Plänen einzelner Politiker für die baldige Aufnahme eines diplomatischen Kontakts mit Moskau distanziert. Dr. Adenauer ließ mitteilen, daß er die von Dr. Pfeleiderer geäußerte Absicht, in nächster Zeit nach Sowjetrußland zu reisen, „nach wie vor scharf ablehnt“. Alle Vermutungen über eine mögliche Änderung der außenpolitischen Haltung gegenüber der Sowjetunion entbehren jeglicher Grundlage.

In der Erklärung heißt es, auch nur die Erörterung von Plänen für einen Kontakt mit Moskau müsse im gegenwärtigen kritischen Zeitpunkt der Spannung zwischen Ost und West in der Sowjetunion den Eindruck erwecken, als ob nennenswerte deutsche Kreise bereits zu Annäherungsversuchen neigten. Hierzu bestehe jedoch nach dem eindeutig negativen Ausgang der Berliner Konferenz, auf der die deutschen Wünsche nach Wiedervereinigung radikal abgelehnt worden seien, keinerlei Veranlassung.

Rechtliche Tatsachen

Zweitens ist die Sorge unzutreffend, weil die Bundesrepublik nämlich nach dem Inkrafttreten des Deutschland-Vertrages eine völlig selbständige Entscheidung in der Frage der Wiedervereinigung überhaupt nicht treffen könnte. Nach Artikel 2 dieses Vertrages, der ihr an sich „die volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ zurückgibt, gehören die gesamtdeutschen Fragen einschließlich der Wieder-

vereinigung und des Friedensvertrages zu den Vorbehaltsrechten der Westmächte. Im übrigen allerdings ist die Bundesregierung — die Frage Berlin und die Stationierung westlicher Streitkräfte auf deutschem Boden noch ausgenommen — nach dem Fortfall des Besatzungsstatus und dem Inkrafttreten des Deutschland-Vertrages völlig frei, gerade auch in der Gestaltung ihrer diplomatischen Beziehungen. Es gibt dann keine rechtlichen Tatsachen mehr, die ihr die Anknüpfung solcher Beziehungen zu Moskau verbieten könnten. Hier läßt also niemand eine Katze aus dem Sack, sondern es erfolgt eine Veränderung der Rechtslage derart, daß normale diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Moskau dann ebenso zweckmäßig oder unzweckmäßig sein würden wie die von Washington, Paris oder London mit der sowjetischen Macht.

Diese grundsätzliche Seite des Problems hatte der Bundeskanzler wohl vor allem im Auge, als er sich mit ihm befaßte. Ob nun das grundsätzlich Mögliche im gegebenen Zeitpunkt — das heißt also nach dem Inkrafttreten des Deutschland-Vertrages — auch verwirklicht werden kann und wird, das ist eine zweite, eine schwierigere Frage. Sie kann heute noch nicht beantwortet werden, — am wenigsten mit einem einfachen Nein. Wir haben jedenfalls keine Veranlassung, auf die Inanspruchnahme eines der Bundesregierung zurückgegebenen Rechtes zu verzichten, wenn die Möglichkeit besteht, daß seine Ausübung etwa der deutschen Wiedervereinigung und der ost-westlichen Entspannung und also überhaupt dem Frieden zu dienen vermag.

Erst in die Zone!

Düsseldorf (AP). Er empfehle allen Bundestagsabgeordneten, die nach Moskau reisen wollten, vorher einige Städte der Sowjetzone zu besuchen, damit sie die „richtige Perspektive“ erhielten, erklärte Bundesminister Dr. Robert Tillmanns in Düsseldorf. Die gegenwärtige politische Erstarrung könne man nur lockern, wenn der gute Wille hierzu auf beiden Seiten vorhanden sei. Auf sowjetischer Seite sei er nicht vorhanden.

Freiplätze für Arbeitnehmer

Köln (DPA). Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände will Erholungsplätze für Arbeitnehmer aus Berlin und aus der Sowjetzone in der Bundesrepublik bereitstellen. Wie die Bundesvereinigung mitteilt, soll damit die Verbundenheit der westdeutschen Unternehmer mit dem Schicksal ihrer Landsleute in Berlin und Mitteldeutschland unterstrichen werden. Ein Kölner Werk der chemischen Industrie habe bereits am ersten Tag der Aktion 20 Freiplätze für vier Wochen angeboten.

Starthilfe für die Lufthansa

Abkommen mit britischen Fluggesellschaften

Bonn (DPA). Britische Luftverkehrsgesellschaften wollen der künftigen deutschen Luftfahrt Starthilfe leisten. Ein Vertrag zwischen der deutschen „LUF-TAG“ und den britischen Gesellschaften BEA und BOAC legt fest, daß die britischen Gesellschaften im Namen und im Auftrage der deutschen Luftverkehrsorganisation Verkehrsrechte übernehmen, welche die deutsche Gesellschaft zunächst nicht wahrnehmen kann.

Der Vertrag erleichtert es der deutschen Luftverkehrsgesellschaft, sich stärker am internationalen Luftverkehr zu beteiligen, als es ihre finanziellen Mittel sonst erlauben würden. Die deutsche Gesellschaft kann die bestehenden britischen Organisationen in anderen Ländern benutzen, während in Deutschland die britischen Gesellschaften von den deutschen Einrichtungen Gebrauch machen können. Wenn die deutsche Gesellschaft sich eines Tages am Transozeandienst beteiligen will, kann sie mit amerikanischen oder anderen Unternehmen ähnliche Vereinbarungen treffen.

Informierte Kreise in Bonn betonen, daß mit dem Vertrag das Ziel verfolgt werde, den Anschluß an die internationale Entwicklung seit 1945 rasch und auf die billigste Art zu erreichen.

Die LUF-TAG (Aktiengesellschaft für Luftverkehrsbedarf) soll in Kürze in „Deutsche

Der Beauftragte der evangelischen Kirche bei der Sowjetzonenregierung, Propst Grüber, hat auf dem „Nationalkongreß“ der kommunistischen „Nationalen Front“ scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik gerichtet. „Wer im Westen seinen Willen für Einheit und Freiheit dokumentiere, der werde nach Strich und Faden diffamiert“, behauptete er unter starken Beifall der kommunistischen Delegierten. Es sei wieder einmal „fünf Minuten vor zwölf“, und man müsse über Demarkationslinien und ideologische Gegen-

Lufthansa“ umgetauft werden. Damit hofft man, der Sowjetzone zuzukommen und das Namensrecht auf die Bezeichnung „Deutsche Lufthansa“ für die Bundesrepublik zu sichern.

Ohne „Fräulein vom Amt“

Bonn (Eigenmeldung). Seit einigen Tagen kann man von Bonn aus Ferngespräche mit Teilnehmern in Frankfurt und München führen, ohne das „Fräulein vom Amt“ bemühen zu müssen. Man braucht nur den Hörer abzunehmen, die Nummer 0811 oder 0611 und die Telefonnummer des gewünschten Teilnehmers zu wählen, dann ist die Verbindung automatisch hergestellt. Es ist die erste größere Strecke in Deutschland, auf der dieser Selbstwahl-Fernverkehr verwirklicht ist.

Zwei Millionen Flüchtlinge

Bonn (AP). Etwa 2 Millionen Menschen sind seit 1945 aus der Sowjetzone geflüchtet und leben jetzt im Bundesgebiet.

Wie das Hilfswerk der Evangelischen Kirche mitteilt, waren von den Geflüchteten etwa 20 Prozent aktive Kämpfer gegen den Kommunismus, die politisch unmittelbar gefährdet gewesen seien. 60 Prozent hätten wegen ihrer negativen Einstellung gegen das kommunistische System nicht mehr in der Sowjetzone leben können. Die übrigen 20 Prozent hätten „zeit-

sätze hinweg miteinander sprechen und handeln.

Positiv äußerte sich Grüber über die Tätigkeit der Nationalen Front. Gleichzeitig wandte er sich gegen die Berichterstattung „einer gewissen Presse“ über den sogenannten Nationalkongreß. „Entweder wird er totgeschwiegen, oder man macht jeden madig, der hier redet.“

Die sogenannte „Nationale Front“ ist eine Organisation, die der kommunistischen Verwirklichung der Wiedervereinigung dient. Eine „gewisse Presse“, von der Propst Grüber tadelnd spricht, hat das sehr gut erkannt, und in dieser Erkenntnis wertet sie selbstverständlich auch das Theater des Nationalkongresses und diejenigen, die hinsichtlich seiner Ziele mit Blindheit geschlagen sind.

Es wird in Deutschland entgegen der Behauptung von Propst Grüber auch niemand „nach Strich und Faden“ diffamiert, wenn er dort seinen Willen für Einheit und Freiheit dokumentiert. Vielmehr haben sich diejenigen selbst diffamiert, für die entgegen dem deutschen Volkswillen die erstrebte Einheit kommunistisch und die Freiheit einfach gestrichen sein soll. Die „gewisse“ Presse kämpft dafür, daß sie dieses verwerfliche Ziel nicht erreichen und daß die deutsche Einheit mit den unverzichtbaren Menschenrechten der Freiheit verbunden bleibt.

weise mitgemacht“, seien dann aber Opfer der verschiedenen Konflikte innerhalb des Systems geworden.

Atomkanonen

Germersheim (DPA). Sechs in Rheinland-Pfalz stationierte Atomgeschütze wurden bei Germersheim in fünf Stunden mit Hochseelandungsbooten über den Rhein gesetzt. Das Übersetzmanöver war das erste dieser Art im Bundesgebiet. Jedes Geschütz hat ein Gewicht von 85 Tonnen und eine Länge von 29 Meter.

Pilot bat um Asyl

Nürnberg (AP). Ein vierstzige tschechisches Zivilflugzeug ist am Mittwochmittag auf dem Gelände des amerikanischen Truppenübungsplatzes Grafenwöhr gelandet. Der 23jährige tschechische Pilot, der einzige Insasse der Maschine, hat um politisches Asyl gebeten.

Glocken und Böllerschüsse

London (DPA). Mit einem triumphalen Einzug in London beendeten Königin Elizabeth und der Herzog von Edinburgh ihre halbjährige Weltreise. Kirchenglocken, Schiffssirenen, das Dröhnen von Flugzeugen und 41 Böllerschüsse vermischten sich mit den Hochrufen jubelnder Menschenmassen zu einem großartigen Willkommensgruß.

Sowjet-Attachés verlassen London

London (DPA). Der sowjetische Botschafter in Großbritannien, Malik, hat dem britischen Staatsminister Selwyn Lloyd mitgeteilt, daß zwei Angehörige der sowjetischen Botschaft entsprechend dem britischen Wunsch London verlassen werden. Die beiden Diplomaten waren von der britischen Regierung der Spionage beschuldigt worden.

Als Vergeltungsmaßnahme für die Ausweisung der beiden Sowjets verlangte der Krenl einen Tag später die Abberufung des britischen Militärattachés Major Laudon aus Moskau. Als Grund wurde ebenfalls „Spionage“ angegeben.

H-Bombenversuche erfolgreich

Washington (AP/DPA). Das US - Verteidigungsministerium und die Atomenergiekommission gaben jetzt bekannt, daß die diesjährigen Wasserstoffbombenversuche im Pazifik nunmehr erfolgreich beendet worden seien.

„Die Versuche waren für die Entwicklung thermonuklearer (Wasserstoff-) Waffen erfolgreich. Sie waren für unsere nationalen Interessen wichtig und haben beträchtlich zur Sicherheit der USA und der freien

Italiens Kommunisten in der Klemme

Ministerpräsident Scelba räumt auf - Am Geldbeutel gepackt

Rom (RP). Italiens Ministerpräsident Scelba geht in den vierten Monat seiner Regierung. Leicht hat er es nicht mit seinem Parlament, in dem 303 Abgeordnete der Regierungseite 143 Kommunisten, 75 Linksozialisten, 40 Monarchisten und 29 Neofaschisten gegenüberstehen, und wo es selbst in den eigenen Reihen der Christlichen Demokraten mitunter kriselt. Trotzdem hat Mario Scelba eins erreicht: Die italienischen Kommunisten sitzen in der Klemme.

Den Mann mit den eisernen Nerven bringt nichts so leicht aus dem Gleichgewicht. Es stört ihn nicht, daß er bei zwei Millionen eingeschriebenen Mitgliedern der kommunistischen Partei und weiteren vier Millionen kommunistenfreundlichen Wählern der bestgehaßte Mann ist.

Bereits in den ersten Tagen seiner Amtszeit traf er Maßnahmen zur Eindämmung der roten Flut. Allerdings schlug der „Kommunistenschreck“ Scelba

eine ganz andere Taktik ein, als man erwartet hatte. In den Hauptquartieren des Kommunismus hatte man sich bereits auf Barrikadenkämpfe vorbereitet und Bürgerkriegsstrategen aus Moskau angefordert. Doch nichts dergleichen geschah. Der Bürgerkrieg fand nicht statt. Scelba ließ es auf eine blutige Kraftprobe nicht ankommen. Er traf die Kommunisten vielmehr mit gesetzlichen Mitteln an einer ihrer empfindlichsten Stellen — am Geldbeutel.

Die Partei der besitzlosen Klassen verfügt nämlich über ein beachtliches Vermögen, das sie zu einem erheblichen Teil in den turbulenten Tagen des Zusammenbruchs an sich gebracht hat; dazu gehörten Parteilokale, Sportplätze, Turnhallen, Kinos, Zeitungsdruckereien und Ferienkolonien, insgesamt etwa 1300 größere Objekte, die eigentlich dem Staat gehörten. Und Mario Scelba hat sich nicht gescheut, das Recht auf dieses staatliche Eigentum durch Räumungsklagen, gegebenenfalls durch Polizeigewalt, geltend zu machen. In konsequenter Fortführung der auf die Schwächung und Zurückdrängung der Kommunisten abzielenden Politik drohte Scelba, auch der zum Teil mit dem Kommunismus sympathisierenden Filmindustrie, die staatliche Unterstützung zu streichen.

Auch durch die verstaubte und korrupte italienische Bürokratie fuhr Scelba mit eisernem Besen. Er bereitete den skandalösen Zuständen ein Ende, daß rund dreihundert italienische Staatsbeamte bei vollem Gehalt monatelang beurlaubt waren, um für irgendwelche Parteien oder Gewerkschaften tätig zu sein. Nicht alle Maßnahmen Scelbas erfreuten sich sonderlicher Popularität, doch imponiert allgemein sein emsiger politischer Frühjahrsputz.

Welt beigetragen“, heißt es in der Verlautbarung.

Der übliche Sowjet-Ton

Wien (AP). Die sowjetische Oberkommission in Österreich hat erklärt, die österreichische Regierung und besonders das Innenministerium dulde „feindliche Handlungen gegen die Sowjetbehörden“. Wenn das Kabinett diesen „Umtrieben“ kein Ende bereite, müßten „geeignete Maßnahmen“ eingeleitet werden.

Der sowjetische Oberkommissar Iljitschow sagt in der Erklärung weiter, die „antisowjetischen Elemente“ seien seit der Berliner Konferenz im Januar aktiver geworden. Außerdem hätten österreichische Behörden und insbesondere das Innenministerium kürzlich eine „zügellose militaristische Propaganda“ geduldet.

Bundeskanzler Raab hat noch am gleichen Tag die sowjetischen Beschuldigungen als unbegründet zurückgewiesen.

Der größte Panzer

Washington (AP). Ein neuer schwerer amerikanischer Panzer ist jetzt zum ersten Male der Öffentlichkeit vorgeführt worden. Dieser „T 43“ ist mit 60 Tonnen der größte Panzer, der bisher in den USA gebaut wurde.

Hunger — ganz nach Plan

Die Bauern erfüllten ihr Soll — aber die Staatsbetriebe versagen

Das Gespenst des Hungers geht wieder in der Sowjetzone um. Es gibt keine Kartoffeln, es gibt kein Frühgemüse; HO und Konsum verkaufen kein Fleisch mehr, das Fett wird knapp. Die Bevölkerung aber fragt sich wieder einmal: Wie ist es möglich, daß der Mangel, die Angst vor dem Hunger unter dem roten Regime niemals aufhören?

Ohne die kommunistischen Wirtschaftspläne brauchte es in der Sowjetzone heute kein Ernährungsproblem mehr zu geben. Aus den Statistiken geht einwandfrei hervor, daß die Produktion der tierischen und pflanzlichen Produkte in der Sowjetzone von 1945 bis 1950 ständig anstieg. Dann wurde der „Klassenkampf auf dem Lande“ befohlen — und die Erträge gingen zurück.

Ende Mai 1953 war der Höhepunkt dieser Entwicklung erreicht. Selbst der „Neue Kurs“, den die SED unter diesen Umständen unbedingt brauchte, konnte nicht mehr viel retten. Die Privatwirtschaften waren so ausgebeutet, daß eine Erholung in der kurzen Zeit nicht möglich war.

Trotz aller Schikanen

Trotzdem haben die privaten Bauern im ersten Quartal 1954 das Ablieferungssoll an tierischen Produkten zu 98 Prozent erfüllt.

Dabei sind noch nicht die 64 000 Schweine eingerechnet, die wegen Erkrankung an der Schweinepest notgeschlachtet werden mußten. Als Wurst, Kochschinken und Sülze wurde dieses Fleisch — auf Lebensmittelkarten! — an die Bevölkerung verkauft.

Es steht demnach fest, daß die private Landwirtschaft trotz aller Schikanen doch wieder ihr Soll erfüllen konnte, und daß Fleisch genug vorhanden wäre — wenn nicht der Staat die selbständige Landwirtschaft immer mehr einschränkte zugunsten staatlicher landwirtschaftlicher Unternehmen, die nicht in der Lage sind, ihr Soll zu erfüllen.

Verheerende Seuche

Das Fleisch z. B. reicht nicht aus, weil die 1952 errichteten staatlichen Schweinemastanstalten, von denen man eine große Fleischproduktion erhoffte, heute

zum größten Teil leerstehen. Da die Tiere hier nicht richtig gepflegt wurden, brach die Schweinepest aus.

Wie verheerend sich diese Seuche ausgewirkt hat, zeigen wenige Zahlen: im 1. Quartal 1950 erkrankten in der Sowjetzone 213 Schweine an der Schweinepest. Im 1. Quartal 1951 waren es nur 119 Tiere, aber im 1. Quartal 1952, als die Mastanstalten geschaffen wurden, plötzlich 2478, im 1. Quartal 1953 bereits 23 111 und im 1. Quartal 1954 rund 74 000 Schweine!

Die staatlichen Mastanstalten haben nicht nur die gefährliche Seuche verbreitet, sondern auch große Lücken in die Futtermittelvorräte gerissen. Heute steht fest, daß das Soll im dritten und vierten Quartal nicht erfüllt werden kann.

Reserven

Was jetzt an Fleisch von den Bauern abgeliefert wurde, heißt die SED als Gefrierfleisch und als Dosenfleisch auf ungenügendem in der kommenden Zeit die Lebensmittelkarten notdürftig beliefern zu können. Sie wird dann eines Tages verkünden, Pankow stelle „großzügig“ Fleisch aus Staatsreserven zur Verfügung. Daß diese Reserven nur der privaten Landwirtschaft zu verdanken sind, wird sie allerdings verschweigen.

Am schwierigsten ist die Ernährungslage bei Frischgemüse und Kartoffeln. Um wenigstens die Schwerpunkindustrie mit Kartoffeln beliefern zu können, wurden vor kurzem 20 000 t aus England und Dänemark eingeführt. Damit die Fetterzeugung nicht völlig zusammenbricht, mußte mit westlichen Staaten ein Handelsvertrag über die Einfuhr von 60 000 t Butter für 1954 abgeschlossen werden.

Unsichere Handelspartner

Ebenso unsicher wie die Butter-Versorgung ist die Marga-

rine-Produktion für 1954. Mit China wurde zwar ein Handelsvertrag über die Einfuhr von 300 000 t Sojabohnen und 120 000 Tonnen Erdnußkernen abgeschlossen — aber die östlichen Handelspartner sind unzuverlässig: 1953 haben sie ihre Handelsverträge über Sojabohnen und Erdnüsse nur zu 32 Prozent erfüllt!

Nur größere Freiheiten für die private Landwirtschaft könnten die Ernährungskrise in der Sowjetzone mildern. Das wissen die SED-Wirtschaftler. Es ist bekannt, daß die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und örtlichen Landwirtschaftsbetriebe in der Erzeugung über 40 Prozent niedriger liegen als die privaten Bauernhöfe.

Weitere Kollektivierung

Trotzdem soll die Kollektivierung der Landwirtschaft fortgesetzt werden. Bis Ende 1955 will man weitere 120 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche von privaten Bauern enteignen und in die sogenannten „örtlichen Landwirtschaftsbetriebe überführen“, in denen die Höfe geflüchteter und enteigneter Bauern zusammengefaßt sind, und die bereits 402 000 ha umfassen.

Außerdem sollen private Bauern weiter gezwungen werden, in die Produktionsgemeinschaften einzutreten, die damit um 100 000 ha erweitert werden sollen. Von den „örtlichen Landwirtschaftsbetrieben“ sollen die

Produktionsgenossenschaften weitere 100 000 ha erhalten.

Das ist allerdings noch ein vorsichtiges Programm, bei dem der Anteil der Produktionsgenossenschaften an der Landwirtschaft nur von 13 auf 15 Prozent steigt. Die SED fürchtet sich selbst vor einer noch schnelleren Entwicklung zur Kolchoswirtschaft, weil damit aus dem ständigen Lebensmittelmangel in der Sowjetzone eine Katastrophe würde, die weder durch Einfuhren noch durch Rationierungsmaßnahmen aufzuhalten wäre.

Ein Verbot lohnt wirklich nicht

Das SED-Aufgebot in West-Berlin — Partei ohne Mitglieder

Ausgerechnet in dem Augenblick, als das Berliner Abgeordnetenhaus über einen Antrag auf Verbot der SED entscheiden sollte, entschloß sich diese Partei zur Beteiligung an der bevorstehenden Wahl. Was sie damit bezweckt, ist ziemlich klar: sie möchte eine Zeitlang in Westberlin eine Propaganda-Tätigkeit größten Stils entfalten.

Mindestens zehn Wochen lang — so viel kalkuliert die Ostberliner Parteileitung für die „Wahlvorbereitungen“ ein — könnte sich die SED in Westberlin ungestört bewegen. Die SED-Kreisbüros sollen vorübergehend erweitert werden, und man will die Stadtteilbüros wieder eröffnen. Zwei Wochen vor der Wahl kann man dann eine große Erklärung des SED-Zentralorgans erwarten: „Wir sind in der freien Ausübung unserer Wahlvorbereitungen behindert worden und ziehen unser Mandat unter diesen Umständen zurück.“

Aber selbst, wenn man das sicher voraussieht, lohnt es sich nicht, die SED zu verbieten. Denn praktisch besteht sie gar nicht mehr. In jedem Westberliner Kreis dieser Partei

existiert nur noch eine Gruppe von etwa 10 bis 15 bezahlten Funktionären. Ihnen unterstehen jeweils einige Dutzend, meist in Ostberlin tätiger Mitarbeiter, die alle Monate in den Kulturräumen auf dem Westberliner Reichsbahngelände zu heimlichen Versammlungen zusammenkommen. Obwohl sie legale Versammlungslokale haben, werden diese peinlich gemieden. Sie sind ebenso wie die Kreisbüros heute nur noch Zentralen für Flugblattverteiler. Die gesamte organisatorische Arbeit wird von den in Ostberlin gelegenen

Ausweichbüros geleitet. In einigen Westberliner Bezirken rekrutiert sich die SED praktisch nur noch aus dem ersten Kreissekretär und einem halben Dutzend Funktionären.

Was ist da noch zu verbieten! Allerdings gibt es etwas, was die SED mehr fürchtet als jedes Verbot: eine Beschränkung oder Sperrung des Lohnumtausches für ihre Funktionäre, denen die Partei überhaupt nur noch dadurch ein Leben in Westberlin ermöglicht, daß sie ihnen fingierte Arbeitsverhältnisse im Ostsektor bescheinigt. Dem Häufchen unentwegter SEDisten in Westberlin diese Geldquellen abzuschneiden, wäre allerdings eine lohnende Aufgabe.

Sie haben auch etwas gemerkt ...

Prominenten-Flucht aus der Sowjetzone

Berlin (DPA). Die sowjetzone Staatsanwältin Lieselotte Fiedler (SED) hat in Westberlin um Asyl ersucht. Zuletzt war sie als Kreisstaatsanwalt in Rostock tätig. Unter den prominenten Flüchtlingen der letzten Tage befinden sich ferner ein Oberrichter aus dem Bezirk Halle mit seiner Familie, ein leitender Ingenieur der Warnow-Werft, ein Abteilungsleiter des Sowjetzonenministeriums für Maschinenbau und ein Bezirks-

abteilungsleiter des Ministeriums für innerdeutschen und Außenhandel.

Widerstand gegen Normenschraube

Berlin (Eigenmeldung). Dem Bundesvorstand des kommunistischen FDGB liegen Berichte aus zahlreichen „volkseigenen“ Großbetrieben vor, nach denen der Widerstand der Arbeiter gegen die vom ZK der SED geforderte Normenerhöhung von 10 bis 15 Prozent weiterhin zugenommen hat.

Ergebnislose Verhandlungen

Kassel (DPA). Die Eisenbahnverwaltung der Sowjetzone hat nach Mitteilung der Bundesbahndirektion Kassel wieder eine Beschränkung der Interzonenzüge auf 48 Achsen angeordnet. Abgesehen vom Packwagen dürfen nur noch zehn Wagen je Zug gefahren werden. Diese Zahl reicht bei weitem nicht aus, um den normalen Verkehr zu bewältigen. Die Verhandlungen über eine ganzjährige Verbesserung des Interzonverkehrs haben zu keinem Ergebnis geführt. Auf der Strecke über Bebra bleibt es bei je einem Tages- und Nachtzugpaar. Auch die von der Deutschen Bundesbahn vorgeschlagene direkte Triebwagen-Verbindung Berlin—Stendal—Bonn ist von der Sowjetzone erneut abgelehnt worden.

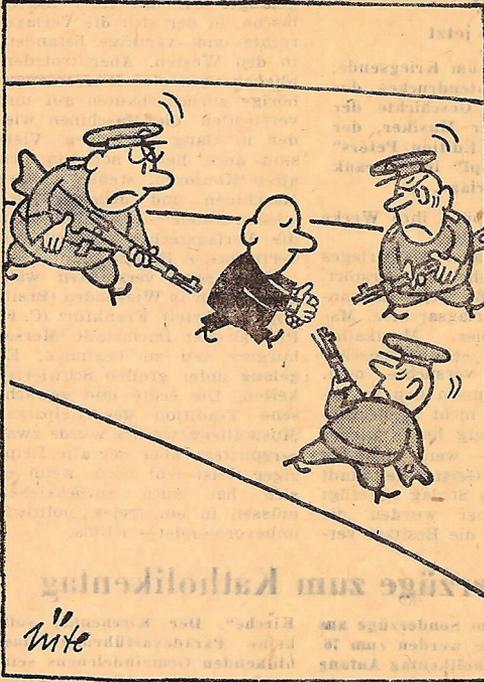
Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Moschenberg, Hermann, etwa 45 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Erfurt, von Beruf Schuhmacher, betrieb zuletzt Schuhgeschäft m. Schuhmacherei auf der Marktstraße. Sein richtiger Name ist Moschinsky bzw. Meuschewitz.
2. Müller, Rudi, etwa 27 Jahre alt, zuletzt wohnhaft i. Vockfey Kr. Hagenow, Mitglied d. SED, d. FDJ, d. DSF, war l. Vorsitzender d. SED u. zuletzt Arbeiter i. d. Plattenfabrik Boizenburg.
3. Neugebauer, Karl-Heinz, etwa 36 Jahre alt, zuletzt wohnhaft i. Güstrow,

- Mitglied d. SED, d. VVN, war von 1945—1950 Angehöriger d. Kripo u. später Angestellter bei der Konsumgenossenschaft.
4. Notdurft, Otto, etwa 55 Jahre alt, zuletzt wohnhaft Doberlug-Kirchhain Ortsteil Doberlug, Mitglied d. KPD/SED, war früher l. Vorsitzender d. SED, Beruf Kellner, war vorübergehend Pächter einer Gastwirtschaft in Aue/Erzgeb. u. ist seitdem ohne ersichtl. Beruf.
 5. Schink, Dresden, Leiter d. Abt. Sonderfragen bei d. Bez.-Direktion f. Post- u. Fernmeldewesen.

Am Rande bemerkt ...



„Wer in der Ordnung lebt, braucht nicht erst zur Ordnung gerufen zu werden, und daher gibt es auch bei uns keine Opposition!“

(„Volkskammerpräsident“ Dieckmann
auf dem Nationalkongreß)

Die Genossen in Pankow geben mal wieder an. Ohne Rücksicht darauf, ob einer ihren Unsinn glaubt oder nicht. Ganz Großes leistete zunächst Volkskammer-Präsident Dieckmann, der vor 5000 stauenden Delegierten des kommunistischen „Nationalkongresses“ den Mechanismus seines Wunderparlaments erläuterte. Das „Wunder der Einstimmigkeit komme daher, daß „keine Gegner der Regierung in der Volkskammer sitzen“, dozierte Dieckmann. Sollte aber mal einer tollkühn werden... „In den Ausschüssen wird so lange diskutiert, bis alle Abgeordneten der gleichen Meinung sind.“ So verliere Pankow, schloß er seinen Schnellkursus über rote Regeln für Parlamentarier, keine Zeit und Nervenkraft mit einer Opposition. Warum man dann überhaupt noch Zeit und Geld für ein Parlament verliert, das keins ist, vergaß er zu erwähnen. Die Delegierten, solchermaßen belehrt, sparten sich selbst Ärger und Nervenkraft und verzichteten auf schallendes Gelächter.

Dafür hat der sowjetzonale Ministerrat einen Lacherfolg gehabt, als er westdeutschen Bauern, „die von den Bonner Militäristen vertrieben werden“, Land in der Sowjetzone anbot mit dem Versprechen, sie könnten dort als Einzelbauern wirtschaften. Das Angebot war ja auch wirklich naiv, nachdem jedes Kind weiß, wie die Bauern zu Hunderttausenden aus der Sowjetzone vertrieben wurden. Wahrscheinlich möchte Pankow nur die 60 Millionen Westmark erben, mit denen die Bundesregierung etwa 10 000 Grundstücke aufgekauft hat, die für die Errichtung militärischer Anlagen gebraucht werden.

Der Genosse Ben Akiba

Dies ist kein Märchen, sondern eine wahre Geschichte von denen, die angeblich ein Schlaraffenland der Arbeiter schaffen wollen, aber immer wieder nur ein Schildbürgerparadies der Bürokraten fertigbringen:

In Ückermünde, einer kleinen Stadt in Mecklenburg/Vorpommern, gibt es eine Fabrik, die Herdplatten herstellt. Seit Menschengedenken bezogen die Töpfer und alle anderen Leute aus Ückermünde und Umgebung die Herdplatten, die sie benötigten, direkt von dieser Fabrik. Ganz anders wurde das, als die volkseigene Wirtschaft begann. Seitdem gingen die Ückermünder Herdplatten zunächst einmal an die zuständige Filiale der „Deutschen Handelszentrale“ Paserow, 30 km von Ückermünde

entfernt. Nach einer angemessenen Zeit, die der allgemeinen Verplanung diene, wurden die Platten dann der zuständigen Nebenfiliiale der „Deutschen Handelszentrale“ in Ferdinandshof, 15 km von Ückermünde entfernt, zugewiesen, und erst von dort aus durften sie ihren vorbestimmten Weg zu den Ückermünder Töpfern nehmen.

Nun waren diese Umwege zum eigenen Herd durchaus Goldes wert, denn schließlich gaben sie manchem Transport-Brigadier Gelegenheit zu aktivistischer Bewährung bei der Herdplattenbeförderung, wofür diverse Prämien verteilt wurden. Aber eines Tages besann man sich plötzlich auf die Parole der „strengsten Sparsamkeit“ und suchte krampfhaft nach einer

besseren Methode. Und siehe: Ein pffiger Genosse hatte den rettenden Einfall. Er erinnerte sich an das Wort des alten Ben Akiba, daß alles schon einmal dagewesen sei, und in diesem Sinne legte er einen Neuerer-Plan von so genialer Einfachheit vor, daß er begeistert angenommen wurde.

Seitdem beziehen die Ückermünder Töpfer die Ückermünder Herdplatten wieder direkt von der Ückermünder Fabrik. Der verdiente Neuerer des Volkes aber erhielt eine Prämie, und die Planstrategen können stolz sein, weil es nach der Hennecke- und der Frida-Hockauf-Bewegung nun auch eine Ben-Akiba-Bewegung in der Zone gibt.

Zerstörte Tradition

Leipziger Musikverleger einst und jetzt

Leipzig war die Buchstadt Deutschlands bis zum Kriegsende. Daneben war es aber auch ein Zentrum des Notendruckes, der Musikalienherstellung. Traditionsreich ist die Geschichte der alten Leipziger Musikverlage, und so mancher Musiker, der daheim die weltbekanntesten grünen Bände der „Edition Peters“ oder die blaugelbundenen der „Edition Breitkopf“ im Schrank hat, weiß kaum etwas vom Schicksal dieser Verlage.

Seit 1719, drei Generationen hindurch, waren die Breitkopfs schon Musiknoten- und Buchdrucker in der Stadt an der Pleiße, bis sie sich 1795 mit Härtel zu einer Firma zusammenschlossen, zu jenem Unternehmen, das weltumspannend werden sollte, eine Firma mit Filialen in fast allen Hauptstädten Europas. Die Buchstaben „B & H“ wurden zum Begriff!

Auch der Verlag C. F. Peters, 1800 als „Bureau de musique“ ins Leben gerufen, blieb — wie Breitkopf — in Familienbesitz. Neben diesen beiden großen Häusern fanden sich viele und kaum minder bedeutende Unternehmen: Hofmeister (1807), Bropst-Kistner (1823), Senff (1844), Siegel (1846), Merseburger (1849), Kahnt (1851), Fritsch (1866) — um nur einige Firmennamen anzuführen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde Leipzig, nach heftigen Konkurrenzkämpfen mit Berlin und Pariser Verlagen durchaus führend auf dem Gebiet des Notendruckes.

Das Schöne, weithin Wirkende der Leipziger Musikverleger war die Tatsache, daß es bei ihnen kaum eigentliche Konkurrenzkämpfe gegeben hat. Es hieß Bände füllen, wollte man den Ausstrahlungen auf das kulturelle Leben Deutschlands, ja der Welt, nachgehen, die die Leipziger Musikverleger durch ihre Tätigkeit hervorgerufen haben. Nie standen die Druckpressen still, neue Komponisten

wurden aufgespürt, ihre Werke gedruckt, verbreitet.

Im Bombenhagel des Krieges wurde viel, sehr viel zerstört, vor allem große Teile der unersetzlichen Verlagsarchive, Maschinen, Papier, Musikalien usw., doch mit echt sächsischer Beweglichkeit versuchte man, aus den Trümmern neu zu begreifen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Leipzig heute wieder führend wäre — wenn nicht die Unfreiheit des Geistes der Stadt den schwersten Schlag zugefügt hätte. Enteignet wurden die alten Betriebe, die Besitzer ver-

haftet oder vertrieben. Mancher gelangte nur mit einer Aktentasche, in der sich die Verlagsrechte und -verträge befanden, in den Westen. Aber trotzdem blieben noch alte Betriebsangehörige zurück, bauten auf und versuchten, die Maschinen wieder in Gang zu setzen. Viele sind auch heute noch in den alten Kontoren, stehen an den Maschinen und drucken auch wieder Noten — unerlaubt, denn die Verlagsrechte gehören den vertriebenen Besitzern.

Diese aber versuchten währenddessen in Wiesbaden (Breitkopf & Härtel), Frankfurt (C. F. Peters) oder Darmstadt (Merseburger) neu zu beginnen. Es gelang unter großen Schwierigkeiten. Die echte und gewachsene Tradition des Leipziger Musikaliengewerbes wurde zwar zersplittert, aber der alte Leipziger Geist lebt noch, wenn er sich hat auch zurückziehen müssen in ein freies, politisch unbevormundetes Klima.

Sonderzüge zum Katholikentag

Acht bis neun Sonderzüge aus der Sowjetzone werden zum 76. Deutschen Katholikentag Anfang September dieses Jahres in Fulda erwartet. Sie werden etwa 10 000 bis 12 000 Teilnehmer aus der Zone zum Tagungsort bringen. Für das vom 30. Mai bis 13. Juni in Fulda stattfindende Bonifatius-Jubiläum sind ebenfalls zwei Sonderzüge aus der Sowjetzone vorgesehen.

Kirche“. Der Kirchentag solle keine Paradevorführung eines blühenden Gemeindelebens sein, sondern eine Missionsaktion, welche die „frohe Botschaft der christlichen Hoffnung verkündigt“.

Das Präsidium des Kirchentages rechnet mit 60 000 Dauerteilnehmern, davon 10 000 Westdeutschen.

60 000 Kirchentags-Teilnehmer

„Wir wollen unter keinen Umständen eine sogenannte machtvolle Demonstration, weder im politischen noch im kirchlichen Sinne“, schreibt der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, D. Dr. v. Thadden-Trieglaff, zum diesjährigen Leipziger Kirchentag in dem Berliner Sonntagsblatt „Die

SSD, herühren!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in ständ-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.